

25.01.2015

Bruchköbeler BürgerBund unterstützt Elternvorschläge Kita- Gebühren mit Einzelfalllösung für Härtefälle

Bruchköbel.- Die bekannten Vorschläge der Kita-Eltern will der Bruchköbeler BürgerBund (BBB) im Rahmen der geplanten neuen Kindertagesstätten-Gebühren in Bruchköbel besonders berücksichtigen. Carina Seewald, Mitglied der BBB- Fraktion, berichtet, dass für die Neufassung der Kita-Gebühren eine gute und ausführliche Berechnung durch eine Wirtschaftsberatungsfirma vorgelegt wurde. Die BBB-Fraktion sei zwar der Meinung, dass die Stadtverwaltung auch selbst in der Lage gewesen wäre, eine solche Berechnung mit weniger Kostenaufwand zu erstellen. Die nun aber durch die kostenintensive Beauftragung einer Fremdfirma ermittelten Zahlen und Berechnungen sollten jetzt auch verwendet und nicht in Frage gestellt werden. Die Berechnung stelle eine ausgezeichnete Arbeitsgrundlage dar und sei von der Beraterfirma wie auch von der Verwaltung gut und nachvollziehbar erläutert worden. Ergänzend, so BBB-Vorstandsmitglied Stefanie Zorbach, habe der Gesamtelternbeirat kurzfristig eine aussagekräftige Elternumfrage dazu durchgeführt. Leider sei von Seiten Bürgermeister Maibach die Einbindung des Gesamtelternbeirats im Vorfeld nicht erfolgt und dann erst auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung durchgeführt worden. Der Gesamtelternbeirat habe dann mit viel Engagement in kurzer Zeit eine umfangreiche Stellungnahme erarbeitet und konkrete Änderungsvorschläge gemacht. Das wurde bereits den Stadtverordneten vorgestellt. Diese hervorragende Arbeitsgrundlage sei ein großer Verdienst der Eltern und vor Allem des Gesamtelternbeirates. Bisher habe der BBB offensichtlich als einzige politische Gruppe ein persönliches Gespräch mit Vertretern des Gesamtelternbeirates geführt, so Stefanie Zorbach. Aus dem sehr sachlich verlaufenen Gespräch habe die BBB-Fraktion anschließend Änderungsvorschläge erarbeitet, die den übrigen Parteien zugeleitet worden seien. Zentral sei die Aussage, dass im Grundsatz 25 % der Kita-Kosten durch die Eltern aufgebracht werden sollen. Auf dieser nachvollziehbaren Grundlage sollen dann die Gebühren nach den konkret in Anspruch genommenen Leistungen der Kita festgelegt werden. Ein besonderes Anliegen der Eltern war es, einzelne Zusatzleistungen auf finanziell erträgliche Beträge herabzusetzen und Härten für Einzelfälle, insbesondere für Alleinerziehende Elternteile zu vermeiden. Eine allgemeine Gebührenregelung kann solche Einzelfälle nicht ausreichend berücksichtigen. Die BBB-Fraktion schlägt daher vor, so die Stadtverordnete Carina Seewald, dass der Magistrat ermächtigt werden soll, in sozialen oder finanziellen Härtefällen Einzelfallregelungen zu treffen, um unbürokratisch helfen zu können. „Wir“, so Stefanie Zorbach, „finden es sehr positiv, dass die Eltern in der Umfrage

Verständnis für die besondere Situation von Alleinerziehenden gezeigt haben und wollen dieses Anliegen unterstützen“.

Die BBB- Fraktion werbe nun für parlamentarische Mehrheiten zu Gunsten einer Regelung, die die Interessen von Stadt und Eltern gleichermaßen und sozial ausgewogen berücksichtige. So möchte der BBB den Höchstsatz der Gebühren im U3-Bereich auch 2016 unter 300 Euro halten und die Gebühr für eine geplante Servicestunde mit 10 Euro deutlich absenken. Weiter soll der Hortbereich ein übersichtlicheres Gebührenmodell erhalten, bei dem der häufig genutzte Frühdienst als obligatorische Leistung mit einbezogen und einkalkuliert wird.

Die Gebühren möchte der BBB in Stufen jeweils zum Beginn des Kindergartenjahres am 01. August erhöhen. 2016 sollen die Gebühren erstmals überprüft werden. „Wer im Einzelfall zusätzliche Hilfe brauche, soll sie auch bekommen“, so die BBB- Stadtverordnete Carina Seewald abschließend. Das müsse das zentrale Anliegen sein.